



Genug

ist GENUG!

**Streiks zusammenführen,
Forderungen durchsetzen,
flächendeckenden Erzwin-
gungsstreik einleiten!**

In dieser Ausgabe:



Streiks in Frankreich



Internationaler Frauentag



Krieg in der Ukraine



Arbeiteraufstand in Frankreich

Für den unbefristeten Generalstreik, bis Macron gestürzt ist!



Víctor Taibo, Exekutivkomitee von Izquierda Revolucionaria

Der Kampf gegen die Macron-Regierung und ihre Renten-Gegenreform wird immer intensiver und hat sich inzwischen zu einem allgemeinen Aufstand der Arbeiterschaft entwickelt. In nur zwei Monaten haben wir fünf Tage sektorale Generalstreiks erlebt, die immer massiver und militanter wurden; 48- oder 72-stündige Arbeitsniederlegungen in den Raffinerien, bei der Bahn und in anderen Sektoren; und immer breitere Lohnkämpfe gegen eine Inflationsspirale, die Millionen von Arbeiterfamilien ins Elend stürzt.

Was wir sehen ist eine gewaltige Massenstreikbewegung, die in der Lage ist, Macron und seine Politik endgültig zu stürzen, und die die Säulen des französischen Kapitalismus in Frage zu stellen.

Die Tage des 7., 11. und 16. Februar gipfelten in noch massiveren Demonstrationen als im Januar: nach Angaben der CGT waren fast drei Millionen Franzosen auf der Straße, eine

Million mehr als im Januar! Die Bewegung ist auf dem Vormarsch, breitet sich aus und wird stärker, was die Regierung und die herrschende Klasse immer mehr in Angst und Schrecken versetzt.

Jetzt haben sich auch die Schüler und Studenten dem Kampf angeschlossen, was die Moral stark anhebt. In vielen Gymnasien haben sich Arbeiter der Eisenbahn und der petrochemischen Industrie an den Streikposten der Schüler beteiligt. An der Universität von Rennes, die von den Studenten nach einer Massenversammlung besetzt wurde, sowie an den Universitäten von Paris und Toulouse wurde beschlossen, die Universitäten ab dem 7. März auf unbestimmte Zeit zu blockieren.

Die Schlacht vom 7. März. Auf dem Weg zum unbefristeten, verlängerbaren Streik

Das Gefühl der Stärke ist so groß, dass sich die 8 wichtigsten französischen Gewerkschaften und die 5 wichtigsten Studenten- und Jugendorganisationen, die in der Intersyndical zusam-

mengeschlossen sind, gezwungen sahen, für den 7. März einen neuen Generalstreik auszurufen, wobei sie dazu aufriefen, „Frankreich lahmzulegen“.

Die Wut der Arbeiter hat die Gewerkschaftsführer überwältigt, kam von unten, vor allem aus der CGT und aus France Insoumise, und hat die Notwendigkeit vorangestellt, den Kampf weiterzutreiben, indem man unbefristete erneuerbare Streiks ausruft, über deren Fortsetzung täglich abgestimmt wird. Ziel ist es, die Wirtschaft vollständig lahmzulegen und zu blockieren, um zu zeigen, wer in der Gesellschaft wirklich das Sagen hat, und um zu demonstrieren, dass die Regierung und die Bosse gegenüber der organisierten, kämpfenden Arbeiterklasse machtlos sind.

Selbst die CFDT, eine der am weitesten rechts stehenden Gewerkschaften, wurde in diese Strategie hineingezogen, indem sie ihren Verbänden die Entscheidung über den unbefristeten, verlängerbaren Streik überließ, diesen aber relativierte: „Wir rufen dazu auf, das Land zu stoppen, was etwas anderes ist als eine Blockade“, betonte ihr Generalsekretär Laurent Berger. Die Stärke der Bewegung von unten hat die Einheit der Gewerkschaften im Kampf erzwungen, die es der Gewerkschaftsbürokratie der CFDT, die bereits in der Vergangenheit die Gegenreformen bei den Renten unterschrieben hat und die der bevorzugte Gesprächspartner der Regierung zu sein scheint, schwer macht, aus der Reihe zu tanzen und zu versuchen, die Bewegung zu stoppen.

Seit der Ankündigung des Generalstreiks am 7. März gab es eine Reihe von Ankündigungen von unbefristeten erneuerbaren Streiks. Die CGT hat bereits die Raffinerien bestreikt, die ab dem 6. März in einen unbefristeten

Streik treten werden, der die Kraftstoffversorgung im ganzen Land und damit das Funktionieren der gesamten Wirtschaft gefährdet.

Fünf große CGT-Verbände haben bereits unbefristete erneuerbare Streiks ab dem 7. März angekündigt: der Chemiesektor (Raffinerien, aber auch Kunststoff- und Pharmaindustrie usw.), der Bergbau- und Energiesektor, die Eisenbahnen, die Häfen und der Keramik- und Glasverband. Auch die Beschäftigten von Abfallsammel- und Lieferplattformen (Just Eat, Glovo usw.) haben sich zu unbefristeten Streiks bereit erklärt.

Im Verkehrswesen in Paris oder bei der SNFC (Nationale Eisenbahngesellschaft) musste die Intersyndical für den 7. März zu einem unbefristeten Streik aufrufen. Das Gleiche gilt für den Bildungssektor, wo in einigen Regionen wie Toulouse und Paris ebenfalls ein unbefristeter Streik vorgeschlagen wurde. Eine Welle, die nicht abreißt und der sich in den nächsten Tagen weitere Sektoren anschließen werden.

In der Privatwirtschaft, wo die Streiks bisher eher begrenzt waren, macht sich ebenfalls Panik breit. Die Geschäftsführung von Airbus hat in einer Mitteilung auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Aktivitäten der Streikenden genau zu überwachen. Auch der Metallgewerkschaftsbund CGT, der die privaten Schlüsselindustrien wie Airbus und Renault vertritt, sah sich gezwungen, ein Communiqué herauszugeben, in dem er vorschlägt, die Streikbewegung ab dem 7. März zu verstärken und zu radikalieren, wie dies „1936, 1968 und in geringerem Maße 1995“ geschehen ist. Eine echte Absichtserklärung.

Den unbefristeten Streik auf kämpferische Art und Weise organisieren

Die Atmosphäre ist so, dass die Debatte über die mögliche Besetzung von Betrieben aufgekommen ist, und sogar der Generalsekretär der CFDT musste sich darauf beziehen. Das Konzept sieht vor, dass die Arbeiter ab dem 7. Mai in ihren Betrieben zu Vollversammlungen zusammenkommen, um Tag für Tag über die Fortsetzung des Streiks zu entscheiden und abzustimmen. Diese Strategie stellt auch einen wichtigen organisatorischen Sprung dar, da es die Arbeiter selbst sind, die sich tagtäglich

organisieren, um den Kampf fortzusetzen, was es der Gewerkschaftsbürokratie schwer macht, ihn zu bremsen.

Um den Erfolg der erneuerbaren Generalstreiks zu garantieren, ist es unabdingbar, in allen Fabriken und Betrieben, in allen Instituten und Fakultäten Kampfkomitees einzurichten und die aktive Besetzung all dieser Räume voranzutreiben. Es müssen ständige Streikposten aufgestellt werden, um die Ausübung des Streikrechts gegen die Drohungen der Bosse und gegen die Repression durch die Polizei zu garantieren. Es ist notwendig, starke Kampffonds zu schaffen, indem mehr Geld für die Streikenden gesammelt wird (die CGT hat bereits fast 500.000 Euro und France Insoumise fast 250.000 Euro gesammelt). Es ist notwendig, die Selbstorganisation in den Vierteln durch ständige Versammlungen auszuweiten, von denen aus an jedem Streiktag Demonstrationen und Mobilisierungen stattfinden, um die enorme Stärke der Arbeiterklasse zu zeigen.

Mélenchon und die France Insoumise setzen sich für den Kampf auf der Straße ein.

Der andere zentrale Aspekt ist, dass der Kampf der Gewerkschaften hundertprozentig politisch ist, gegen die Rechte und die vom Großkapital aufgezwungenen Gegenreformen. Deshalb ist es ein Fortschritt, dass Mélenchon und France Insoumise vorgeschlagen haben, nicht nur für die Rücknahme der Reform zu kämpfen, sondern auch für die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre bei 40 Beitragsjahren. Um dies zu erreichen, müssen wir auf der Straße bleiben, bis Macron und seine Regierung besiegt sind.

Der außerparlamentarische Kampf ist der entscheidende Faktor für die Durchsetzung eines günstigen Kräfteverhältnisses. Die Tatsache, dass France Insoumise die parlamentarischen Machenschaften offen boykottiert und verhindert hat, dass der berühmte Ar-



tikel 7, der das Renteneintrittsalter auf 64 Jahre anhebt, debattiert und abgestimmt wird, ist richtig: Es ist nicht akzeptabel, dass sich die Regierung auf die vermeintliche Legitimität des Parlaments beruft, um eine Reform zu verabschieden, die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird.

Mélenchon hat darauf hingewiesen, dass die Parlamentsdebatte ein reines Täuschungsmanöver ist und dass sich die öffentliche Meinung auf der Straße bereits deutlich geäußert hat: Die Reform wird von 72 % der Franzosen und von mehr als 90 % der Lohnempfänger abgelehnt. Macrons Versuche, die Reform zu rechtfertigen, indem er darauf hinweist, dass es notwendig ist, Opfer zu bringen, stehen im Gegensatz zu den Steuersenkungen für die großen Vermögenden, zu den Rekordgewinnen der großen Unternehmen an der französischen Börse (CAC40), 140 Milliarden im Jahr 2022, oder zu den um 30 %, d.h. um mehr als 100 Milliarden, erhöhten Militärausgaben, um die Abenteuer des französischen Imperialismus weiter zu finanzieren.

Die Strategie von Mélenchon, die dazu beiträgt, die Bewegung zu radikalieren und zu politisieren, sie in der Schülerschaft und der prekären Arbeiterjugend zu verbreiten, einen Widerstandsfonds für die Streikenden aufzubauen und Mobilisierungen und Kundgebungen in ganz Frankreich zu organisieren, um sicherzustellen, dass das Land ab dem 7. März effektiv blockiert wird, hat bei der herrschenden Klasse heftige Feindseligkeit hervorgerufen. Das ist der Grund für die hysterische Kampagne aller bürgerlichen Medien, die ihn beschuldigen, unverantwortlich zu sein und die Institutionen zu gefährden.

Gleichzeitig lobt die Presse Le Pen und die extreme Rechte für ihre vor-

bildliche Rolle und ihren verantwortungsvollen Widerstand gegen die Reformen, ohne dabei zu schrill zu werden und ohne die parlamentarische Debatte zu blockieren.

Für eine revolutionäre Alternative mit einem kommunistischen Programm!

Diese Angriffskampagne gegen Mélenchon und France Insoumise wird von einem Teil ihrer Verbündeten in der NUPES unterstützt, sei es die marode Sozialistische Partei, die Ökologen oder die Kommunistische Partei, sowie die Bürokratie der CFDT und der CGT, die sich der Kampagne gegen die Strategie der parlamentarischen Blockade angeschlossen haben.

Darin spiegeln sich die Größe der Bewegung, ihre zunehmende Radikalisierung und die Angst all dieser bequemen Bürokraten vor einer revolutionären Krise wider.

Mélenchon und La France Insoumise müssen gemeinsam mit den sozialen Bewegungen und der kämpferischen Linken diese Strategie vertiefen, die Bewegung ausweiten, sie politisch wappnen und all jenen entgegenreten, die aktiv versuchen, diese Rebellion der Arbeiterklasse zu entschärfen und sie in die ruhigen Gewässer des bürgerlichen Parlamentarismus und der Verhandlungen zurückzulenken.

Zweifellos haben sich unter Tausenden von Gewerkschafts- und Jugendaktivisten die Sympathien für Mélenchon und La France Insoumise vervielfacht. Auf dieser Grundlage ist es notwendig, einen Kampf innerhalb der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen zu führen, um einen unbefristeten militanten Streik mit zwei Zielen zu erzwingen: die Rentenreform zu Fall zu bringen und Macron zu stürzen. Das ist durchaus möglich!

Und dazu müssen wir eine revolutionäre politische Alternative auf-

stellen, die den Kapitalismus selbst in Frage stellt, die erklärt, dass die einzige Möglichkeit, diese Gegenreformen und das wachsende Elend der Arbeiterklasse und der Jugend zu vermeiden, darin besteht, den Privilegien und dem Eigentum der Kapitalisten ein Ende zu setzen, die Banken und die großen Monopole zu verstaatlichen und ihre enormen Ressourcen zum Wohle der Mehrheit der Gesellschaft einzusetzen.

Dieser Kampf hat die Sympathie von Millionen europäischer Arbeiter, die unter den gleichen Gegenreformen, der gleichen Inflation, dem gleichen Elend und dem gleichen imperialistischen Krieg leiden, der die Kapitalisten so reich macht. Heute erheben sich die britischen und französischen Arbeiter, aber morgen werden sich die Arbeiter des restlichen Kontinents anschließen.

Wie 1936 und wie im Mai 1968 ist und bleibt die einzige Alternative die sozialistische Revolution!

Türkei: Der Kapitalismus hat das Erdbeben nicht verursacht, aber in seiner Zerstörungskraft um ein Vielfaches verstärkt

Esther Candeger Erök



In den Morgenstunden des 06. Februar 2023 wurde die türkisch/kurdisch/syrische Grenzregion von einem Erdbeben der Stärke 7,8 erschüttert. Betroffen ist ein Gebiet von einer Größe von 103.000 Quadratkilometern mit einer Bevölkerungsanzahl von 13,5 Millionen Menschen. Der Naturkatastrophe folgte unmittelbar ein politisches Desaster, das sich als Verstrickung aus behördlichem Versagen, institutionellem Rassismus, Korruption und krimineller Machenschaften und Intrigenspielen der türkischen AKP-Regierung zu erkennen gab und bis jetzt bereits über 46.000 Todesopfer und 200.000 Verletzte einforderte.

Circa 5 Millionen Menschen sind von Obdachlosigkeit betroffen und können nicht mehr in ihre stark beschädigten und einsturzgefährdeten Häuser und Wohnungen zurückkehren. In der Region sind bis heute ständige Nachbeben zu vernehmen und eine Entspannung der seismologischen Aktivitäten vorerst nicht in Sicht. Die Bevölkerung ist durch die medizinische und sanitäre Unterversorgung vom Ausbruch infektiöser Krankheiten akut bedroht. Die Region hat ein weiteres kollektives Trauma erlitten, ist die Region doch schon seit Jahrzehnten bereits ein politischer und militärischer Krisenherd.

Zu den Erdbebenopfern zählen auch viele kurdische und syrische Geflüchtete aus dem Krieg in Syrien und etlichen völkerrechtswidrigen türkischen Militäroffensiven gegen kurdische Gebiete. Durch die Abriegelung der Grenzübergänge wird die ausbleibende Versorgung der Erdbebenopfer in den kurdisch/syrischen Regionen zum Politikum und zeigt deutlich die jahrzehntelange offen rassistische und großkapitalistische Regierungsform von Erdoğan's AKP-Regierung. Etliche internationale Hilfsorganisationen und zivile Helfer werden an der Überquerung der Grenzen gehindert und können die stark getroffenen Gebiete mit vielen Todesopfern und Verletzten nur unter erschwerten Bedingungen oder gar nicht erreichen. Hilfsgüterkonvois werden abgefangen, ihre Lieferungen als AKP-Spenden umdeklariert oder sie verschwinden gänzlich. Noch bis heute haben viele Städte und Orte keine oder nur unzureichende medizinische Versorgung, knappe Nahrungsmittelvorräte und teilweise kein Zugang zu Strom, Internet und sauberem Trinkwasser. Der türkische Staat und das Assad-Regime potenzieren durch ihre Autokratie die Zerstörungskraft des Erdbebens um ein Vielfaches.

Neben der Bergung der Opfer, der Räumung der Trümmer, dem Wiederaufbau städtischen und ländlichen Lebens und der Stabilisierung der Infrastruktur wird es für die Bevölkerung viele Jahre dauern, sich von diesen Ereignissen zu erholen.

Wenn man die Ursachen der momentanen Krise in der Türkei analysieren möchte, muss man die repressive und reaktionäre Herrschaft der letzten 20 Jahre des Erdoğan-Regimes, und seine korrupte und pro-kapitalistische Vet-

ternwirtschaft betrachten.

Dabei begann die Tragödie für die türkische und kurdische Arbeiterklasse mit den immer dreister durchgeführten Umlenkungen und Veruntreuungen von Milliarden an Steuergeldern, der Verursachung historisch hoher Inflationsraten und dem Herunterwirtschaften des Bildungs- und Gesundheitswesens.

Die Staatskasse weist für die Erdbebenprävention durch die türkische Katastrophenschutzbehörde ein zugeteiltes durchschnittliches Budget von ca. 450 Millionen Euro auf, während beispielsweise das Präsidium für Religionsangelegenheiten (tr. kurz: Diyanet) einen Etat von ca. durchschnittlich 1,5 Milliarden Euro bemisst. Noch dazu ist völlig unklar, wohin die Einnahmen der Erdbebensteuer des türkischen Staates geflossen sind, die Erdogan noch 2022 erhöht hatte. Seit 2003 wurden Steuereinnahmen in Höhe von 174 Mrd. Türkische Lira eingenommen. Wohin ist dieses Geld geflossen?

In einem Land, das global eines der stärksten von Erdbeben betroffenen ist, sind solche fehlerhaften politischen Entscheidungen und Koordinationen die Sicherheit der Bevölkerung betreffend unmittelbar verantwortlich für hohe Opferzahlen.

So wundert es nicht, dass die türkische Katastrophenschutzbehörde (AFAD) seit dem Erdbeben komplett handlungsunfähig ist und die chaotische Situation und die humanitäre Krise außerhalb ihrer Kontrolle und ihres Einflusses liegt. Die Distribution von Hilfsgütern jeglicher Art scheitert an der logistischen Umsetzbarkeit und dem Mangel einer gut organisierten staatlichen Vorbereitung im Katastrophenfall. Hinzu kommt der von der türkischen Regierung jahrzehntelang initiierte und angeheizte Rassismus gegen die kurdische und alevitische Bevölkerung, wie auch Geflüchteten aus Syrien gegenüber. Selbst im Katastro-



phenfall funktionieren diese reaktionären Mechanismen einwandfrei und kosten Menschenleben.

Das vollkommen von Korruption, Kriminalität und Profitmaximierung zersetzte Bauwesen trägt einen großen Anteil an der starken Verwüstung und der Opferzahl durch Erstellung von gefälschten Zertifikaten die Sicherheit der Gebäude betreffend. Weitere Verantwortlichkeit liegt bei diversen Behörden, die illegale Genehmigungen für baustatisch unsichere Aufstockungen von Wohnhäusern vergeben und bei der baustoffverarbeitenden Industrie, welche ihre Baumaterialien mit minderwertigen Substanzen streckt und durch ihre Profitgier für die fatalen Einstürze der minderwertigen Gebäude verantwortlich ist. All diese ineinander greifenden Elemente zeichnen das heutige Ausmaß der Katastrophe aus.

In dieser aktuellen Lage ist die Solidarität und die Hilfeleistung unter der Bevölkerung in ihrer Hochform und demonstriert uns durch die Bilder und Berichte die uns erreichen die Kraft und die Fähigkeit der Arbeiterklasse in Krisenzeiten ihre Wirksamkeit zu mobilisieren. Organisationen der Arbeiterklasse wie die türkische TKP oder die Vereinte Textilgewerkschaft Birleşik Tekstil Sendikası beteiligen sich an der Versorgung der Erdbebenopfer und es bleibt zu hoffen, dass die internationale Solidarität an der Seite der türkisch/kurdisch/syrischen Arbeiterklasse weiterhin bestehen bleibt. Die Tage der autokratischen AKP Regierung und der türkischen Bourgeoisie sollten seit dieser Krise gezählt sein.

Für den Kampf einer sozialistischen Revolution!

Krieg in der Ukraine

Schlechte Nachrichten für den westlichen Imperialismus



Izquierda Revolucionaria International

Inzwischen sind fast zwölf Monate Krieg in der Ukraine verstrichen. Genügend Zeit, um die grundlegenden Tendenzen dieses interimperialistischen Konflikts und seine weitreichenden Folgen für den Klassenkampf, die Wirtschaft und die internationalen Beziehungen zu verstehen. Dies sind einige der wichtigsten Schlussfolgerungen:

1. Der westliche Imperialismus hat seine Ziele nicht erreicht. Die Strategie des US-Außenministeriums ist gescheitert: Weder ist Russland besiegt, noch isoliert, noch haben es die Wirtschaftssanktionen geschafft, dem Putin-Regime den Arm zu verdrehen. Das russische BIP wird laut Weltbank im Jahr 2022 um 4,5 %, laut OECD um 3,9 % und laut IWF um 3,4 % fallen, weit entfernt von dem Rückgang um 10 %, den dieselben Organisationen im Februar 2022 vorhergesagt haben.

Auch der Block der Westalliierten ist heute nicht gefestigter als vor einem Jahr. Einige der wichtigsten Partner der USA, wie die Türkei, Indien und Saudi-Arabien, haben sich eindeutig auf den Gegner zubewegt. Die Handelsbeziehungen dieser Länder mit China und Russland haben exponentiell zugenommen. Russland ist im Dezember mit einem Rekordvolumen von 1,25 Millionen Barrel pro Tag (bpd) Indiens wichtigster Öllieferant geworden.

Die chinesischen Käufe von russischem Öl beliefen sich im Jahr 2022 auf durchschnittlich 1,72 Millionen bpd, was einem Anstieg von 8 % gegenüber 2021 entspricht und Saudi-Arabien übertraf. Aber das letztgenannte Land exportiert 25 % seines Öls nach China, und diese Zahl wird weiter steigen. Der ehemalige US-Verbündete hat nicht nur Bidens Forderungen an die OPEC zurückgewiesen, den Ölpreis zu erhöhen – im vergangenen Dezember, während des Besuchs des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Riad, verein-

barten Saudi-Arabien und China, ihre Beziehungen zu einer strategischen Partnerschaft zu erheben. Und am wichtigsten ist, dass ein wesentlicher Teil des Austauschs in Yuan abgewickelt wird, was einen weiteren Schritt im Kampf gegen den Dollar darstellt, der bisher die hegemoniale Währung im internationalen Handel war.

2. Die westliche Bourgeoisie, sowohl in den USA als auch in der Europäischen Union, war nicht in der Lage, eine Massenmobilisierung zugunsten ihrer imperialistischen Agenda in der Ukraine aufzubauen, während diejenigen, die ein Ende der Sanktionen gegen Russland forderten, gerade in Tschechien, Deutschland oder Ungarn stark an Einfluss gewonnen haben. Die öffentliche Meinung in Europa unterstützt die Eskalation, mehr Kriegsmaterial an das Selenskyi-Regime zu schicken, mehrheitlich nicht.

3. Der Mangel an Glaubwürdigkeit der ukrainischen Regierung, trotz der Kriegspropaganda, die die westlichen Medien auf täglicher Basis verbreiten, ist ein ernsthaftes Problem für die USA und ihre Verbündeten. Die Idee, dass Selenskyjs Regierung für Demokratie und die nationale Befreiung der Ukraine kämpft, ist fraglich: Ihre Verbindungen zu faschistischen Organisationen, ihre Begeisterung für den ukrainischen suprematistischen Nationalismus sind so offensichtlich, dass alle Bemühungen, ihr Image reinzuwaschen, weiterhin nicht im ausreichenden Maße Wirkung zeigen.

4. Die territorialen Eroberungen in der Ukraine durch die russische Armee festigen sich. Wenn man die Berichte

und Überlegungen der ernsthaftesten Militärspezialisten auf der westlichen Seite sorgfältig liest, ist deutlich sichtbar, was gerade passiert. Laut US-Stabschef General Mark Milley hat die Ukraine militärisch erreicht, was sie konnte. Mehr geht nicht.

5. Der Kampf um die Vorherrschaft in Europa und in der Welt ist der Prüfstein dieses Krieges. Der Niedergang des US-Imperialismus und die wirtschaftlichen und militärischen Rückschläge, die er im letzten Jahrzehnt erlitten hat – die vom Abzug der Infanterietruppen aus Kabul versinnbildlicht wurden – stürzten Washington in einen erbitterten Kampf gegen China. Aber bisher haben ihre Bemühungen nicht viel genützt. Der chinesische Staatskapitalismus hat große Stärke bewiesen.

6. Ob während des Ausbruchs der Pandemie mit seiner Zero-Covid-Politik oder in der Weltwirtschaft, Chinas Widerstand gegen die Angriffe seiner Konkurrenten steht außer Zweifel. Im Jahr 2022 näherte sich sein weltweiter Handelsüberschuss einem neuen Rekord: 877,6 Milliarden Dollar, 29,7 % mehr als 2021, und in Bezug auf die USA erreichte er 404,1 Milliarden Dollar, 1,8 % mehr als im Vorjahr. Der Fortschritt im Bereich der künstlichen Intelligenz, in der Produktion, Verarbeitung und Kommerzialisierung wesentlicher Rohstoffe, im Bereich zahlreicher Lieferketten, in neuen Produktionszweigen wie dem Elektroauto – China kontrolliert 77 % der weltweiten Batterieproduktion und ist die größte Markt für Elektrofahrzeuge mit 52 % des weltweiten Absatzes im Jahr 2021 –, im Weltraumrennen und in seinen Militärmaschinen... der Aufstieg Chinas ist ein verheerender Schlag für die USA.

7. Washington ist der Brennpunkt, der weltweit die größte wirtschaftliche, politische und militärische Instabilität hervorruft. Die Regierung Biden hat eine aggressive protektionistische, militaristische und nationalistische Agenda entfesselt. Tatsächlich hat sie alle früheren Trends des Trumpismus auf ein viel schärferes Niveau gehoben.

8. Ihre Pläne, allen NATO-Staaten, beginnend mit Deutschland, eine allgemeine Aufrüstung aufzuerlegen, gehen sehr weit. Japan hat kürzlich zwei Pak-

te mit den USA und dem Vereinigten Königreich über gegenseitige militärische Unterstützung in jedem Szenario geschlossen und ein Wiederaufrüstungspaket genehmigt, das seine Verteidigungsausgaben in den nächsten fünf Jahren auf bis zu 314.000 Millionen Dollar verdoppeln wird, 2% seines BIP.

9. Wenn Asien ein grundlegendes Szenario in diesem Kampf um die Vorherrschaft ist, ist es der alte Kontinent nicht weniger. Washingtons Absicht, Europa und insbesondere Deutschland zu disziplinieren, führt zu einer wirtschaftlichen Katastrophe. Die deutsche Industrie befindet sich in einer rezessiven Phase und leidet unter den hohen Produktionskosten für importiertes Öl und Gas aus den USA zum vierfachen Preis russischer Energie. Die Spaltungen in der deutschen herrschenden Klasse sind offensichtlich und werden sich in den kommenden Monaten vertiefen.

10. Der imperialistische Krieg ist der vollständigste Ausdruck der Sackgasse, in der sich die kapitalistische Produktionsweise befindet. Studien über Ungleichheit und die Konzentration obszönen Reichtums in den Händen einer Minderheit kapitalistischer Oligarchen liefern ein ziemlich genaues Abbild der kapitalistischen Welt. Und das sagen nicht nur die revolutionären Marxisten, die Berichte der Organisationen des internationalen Kapitals sagen es auch.

11. Der Krieg in der Ukraine ist nicht die Ursache der globalen Krise des Kapitalismus, aber er hat dazu beigetragen, dass sie noch umfassender geworden ist. Die Erschütterung der materiellen Basis des Systems, der Verlust seines inneren Gleichgewichts, manifestiert sich im politischen Überbau mit Phänomenen, deren Präzedenzfälle bis in die 1930er Jahre zurückreichen. Die Spaltungen in der herrschenden Klasse spiegeln den Grad der erreichten sozialen und politischen Polarisierung wider. Die Tendenzen zur extremen Rechten, zum Bonapartismus und zum Totalitarismus nehmen in gewichtigen Teilen der Weltbourgeoisie zu. Trumpismus, Bolsonarismus – Sie sind keine Zufälle, sie spiegeln diese tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen und die heftigen Rechts-Links-Wechsel breiter

bürgerlicher Schichten wider, die von der Krise hart getroffen wurden. Die Risse im bürgerlichen Parlamentarismus, in den traditionellen Parteien der konservativen Rechten sind Teil desselben Phänomens.

12. Die Streikwelle in Großbritannien und Frankreich zeigt die Stärke der beginnenden Arbeiterbewegung, ihre objektive Macht. Der Aufstand der Massen in Peru gegen den Staatsstreich zeigt, dass die Bedingungen für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft reif sind, aber sie scheitern immer an demselben Punkt: dem Fehlen einer revolutionären Führung, die den historischen Bedürfnissen entspricht.

Was können wir im Kriegsszenario kurzfristig erwarten?

Zweifellos waren die anfänglichen Berechnungen von Putin und seinem Generalstab völlig falsch. Zu glauben, dass sie die ukrainische Armee schnell auslöschen und die Liquidierung der Selenskyj-Regierung erzwingen und sogar einen Militärputsch fördern könnten, war fehl am Platz. Sie hätten besser als jeder andere zu dem Schluss kommen sollen, dass die USA das Feld für ein solches Ergebnis nicht frei lassen würden.

Es ist auch notwendig darauf hinzuweisen, dass die russischen Truppen, einschließlich der Söldnergruppe Wagner, weder für die Volksdemokratie oder den Kommunismus noch gegen den Nazismus kämpfen. Letzteres ist nichts weiter als ein Köder, um die soziale Unterstützung in Russland aufrechtzuerhalten, verbunden mit der historischen Erinnerung an den Krieg gegen die Nazi-Invasion im Jahr 1941. Die imperialistischen Interessen von Putin und der russischen kapitalistischen Oligarchie sind offensichtlich – der Donbass ist eine Schlüsselregion im Bergbau mit Reserven von Titan, Zirkonium, Strontium, Lithium, Uran, Öl uvm. – und aus diesem Grund umgeben sie sich mit defensiven und nationalistischen Argumenten.

Die USA und westliche Verbündete haben der Ukraine militärische Hilfe geleistet, die in nur elf Monaten eine Summe von 200 Milliarden Dollar übersteigen konnte. So etwas ist beispiellos. Zu glauben, dass Selenskyj einen Krieg für die nationale Freiheit führt, ist daher völlig absurd. Diese Marionette des US-Imperialismus, der sich

gemeinsam mit seinen Schergen an diesen Schätzen bereichert hat, kümmert sich nicht um das Leid seines Volkes.

Aber all diese Unterstützung hat es nicht ermöglicht, das Kräfteverhältnis im Wesentlichen zu ändern. Im November zog sich Russland aus der Stadt Cherson zurück, um seine Truppen neu zu ordnen. Und Russland hat es geschafft, die Initiative zurückzugewinnen, die es verloren hatte. Es hat seine Stellungen befestigt und seine Nachschublinien vor der berühmten, von den USA bereitgestellten, ukrainischen Präzisionsartillerie abgeschirmt. Im Donbass geht es voran. Die Einnahme von Soledar und was in Bachmut passiert, ist ein qualitativer Sprung.

Russland hat es geschafft, sicherzustellen, dass der Kampf nun zu seinen Bedingungen stattfindet, und die Ukraine gezwungen, einen Teil ihrer besten Truppen und Ressourcen in brutalen Kämpfen einzusetzen, an denen die russische Armee nur an zweiter Stelle teilnimmt: Das Gewicht wird von den Milizen im Donbass und den Wagner-Söldnern getragen. Der deutsche Geheimdienst hat allein in der Gegend von Bachmut täglich mehr als hundert Tote eingeräumt.

In den letzten Wochen haben Washington und seine Satelliten (Großbritannien, Polen, das Baltikum usw.) offen eine militärische Eskalation vorangetrieben. Sie argumentieren, dass es möglich sei, Russland nicht nur zu besiegen, sondern es aus der gesamten Ukraine und sogar von der Krim zu vertreiben. Um dies zu erreichen, schlagen sie vor, schwerere und offensivere Waffen zu schicken, wobei sie sich auf deutsche Leopard-Panzer und US-Abrams konzentrieren.

Aber seien wir ernst. An die Idee, Russland allein mit diesem Material zu besiegen, glaubt wohl kein Nato-General. Das glaubt zunächst einmal der Chef des nordamerikanischen Generalstabs nicht, der, wie gesagt, schon im November erklärt hat, die Ukraine werde nach dem Abzug aus Cherson nicht mehr viel weiter vordringen können und müsse an Verhandlungen denken.

Zweitens braucht die Ukraine viel mehr als Panzer, um Russland nicht nur zu vertreiben, sondern einfach seine Position wie bisher zu halten. Er braucht mehr Truppen, weshalb Selenskyj bereits die Notwendigkeit einer Neurekrutierung auf den Tisch legt. Aber es ist

nicht klar, woher er die Zehntausenden Männer bekommen soll, die für diese Offensive benötigt werden.

Sie brauchen Waffen aller Art, aber nicht nur das. Nachdem die Vorräte aus sowjetischer Herkunft aufgebraucht sind, erhalten Sie Fahrzeuge, Waffen und Munition vieler verschiedener Typen. Das ist ein logistischer Albtraum, der früher oder später an seine Grenzen stoßen wird.

Für eine Offensive der Art, von der Washington spricht, reichen Leopard-Panzer nicht aus, es werden ganze NATO-Divisionen benötigt. Und um Augenmaß zu haben und Propaganda zu vermeiden, muss man das tatsächliche Verhältnis zwischen der Aggressivität der Vereinigten Staaten in allen weltweiten Konflikten und ihrer tatsächlichen Fähigkeit, mit Truppen einzugreifen, abschätzen.

Hinter dieser provokanten Haltung des US-Imperialismus stehen verschiedene Faktoren, die zusammenkommen. Einerseits müssen sie auf Rückschläge auf dem Schlachtfeld reagieren und die Kriegspropaganda fortsetzen. Auf der anderen Seite wollen sie den Fokus wieder auf Deutschland richten. Aber Deutschland ist nach den USA bereits das zweite Land, das der Ukraine Militärhilfe leistet. Für Washington ist klar, dass das nicht reicht. Berlin muss seine Geschäfte mit Russland und China beenden und sich als „vertrauenswürdiger Partner“ beweisen, indem es sich an die Spitze des Krieges stellt.

Das passiert auf der öffentlichen Bühne, aber während Washington im vollen Provokationsmodus ist, traf sich der CIA-Direktor heimlich mit Selenskyj, um zwei Dinge zu tun: um ihm mitzuteilen, was sie über die russischen Pläne wissen, und, was noch wichtiger ist, um ihm zu sagen, dass sie nicht wissen, wie lange sie das derzeitige Niveau der Hilfe noch aufrechterhalten können.

Es ist unmöglich, den Druck auf Deutschland von den Auseinandersetzungen mit den USA über den von Washington mit seiner protektionistischen Politik erklärten Handelskrieg zu trennen. Sie ist Teil der Spaltungen, die sich überall durch den westlichen Imperialismus ziehen: innerhalb der USA, zwischen der EU und den USA, innerhalb der EU selbst usw.

Scholz zappelt in diesen Monaten und weicht dem Thema aus. Aber sein Spielraum wird knapp. Innerhalb sei-

ner Regierung sind die Grünen, wie schon in der Vergangenheit, zur Stimme Washingtons geworden. Der Rücktritt der Verteidigungsministerin war ein sehr anschauliches Bild dieser Brüche. Die Wahl ihres Nachfolgers Boris Pistorius, eine Figur aus dem Apparat der SPD, den Scholz gewählt hat, um dem erneuten Druck aus Washington standzuhalten, hat das Szenario nicht wesentlich geändert. Schließlich hat auch Deutschland die Entsendung von Leopard-Panzern zugesagt, deren volle Einsatzfähigkeit jedoch noch nicht abzusehen ist, wie berichtet wird.

Die Debatte dreht sich nun um die Verschiffung von F-16-Kampfflugzeugen. Und das alles, um die Moral zu nähren und das Gefühl zu geben, bereit zu sein, weiterzugehen... wohin? In einen dritten Weltkrieg?

Russlands Fortschritte im Donbass bedeuten nicht zwangsläufig ein baldiges Ende des Krieges. Die Fortschritte werden auf Kosten schwerer Kämpfe gegen Stellungen gemacht, die von der Ukraine über acht Jahre befestigt wurden.

Der Vorteil für Russland ist, dass es über enorme Reserven aller Art verfügt, materiell und personell. Es hat die Sanktionen umgangen, bis zu dem Punkt, dass es 2022 28 % mehr aus Öl- und Gasverkäufen profitiert, und hat seine wirtschaftlichen Beziehungen zu China gefestigt. Jetzt bereitet Russland eine neue Offensive vor. Die russische Administration wird Fehler machen, das ist unvermeidlich, aber sie haben mehr Faktoren zu ihren Gunsten.

Washington seinerseits kann es sich nicht leisten, zu verlieren, und wird die ukrainische Armee weiterhin so gut wie möglich unterstützen. Es ist wahr, dass diese Intervention einerseits „billiger“ ist, als eigene Truppen vor Ort zu stellen, aber das Weiße Haus steht vor der Fortsetzung der Unterstützung des Ukrainekrieges zu einem sehr hohen wirtschaftlichen und politischen Preis, der mit einem Bruch im Block der westlichen Verbündeten enden könnte.

Was in diesen Monaten Vorteile für den westlichen Imperialismus hätte sein können, verschwindet von Tag zu Tag. Als Putin Anfang Januar erklärte, dass die Dinge „positiv“ liefen, schien es nicht so, als ob er nur Propaganda machte.

Berlin: 50.000 demonstrieren gegen die Kriegstreiberei der Bundesregierung!

Jetzt eine schlagkräftige Antikriegsbewegung der Arbeiterklasse und Jugend aufbauen!

Marxistische Organisation Offensiv

Am 25. Februar sind 50.000 Menschen dem Aufruf von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht gefolgt, um unter dem Motto „Aufstand für den Frieden“ gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung und der NATO zu protestieren.

Die Kundgebung ist ein weiterer Riss in der Erzählung der NATO, nach der in der Bevölkerung des Westens frenetische Begeisterung für die Kriegsziele des pro-westlichen Selenskyj-Regimes und seiner westlichen Geldgeber herrschen würde. Das „Manifest für den Frieden“, das ebenfalls Schwarzer und Wagenknecht gestartet haben, wurde mittlerweile von mehr als 733.000 Menschen unterschrieben. Sieht so die aktive Begeisterung der Bevölkerung für die NATO-Schergen aus?

Im Vorfeld der Demonstrationen dämonisierten viele bürgerliche Blätter den Aufzug als rechtes Projekt, um seine Mobilisierungskraft zu untergraben. Und sicher ist Sahra Wagenknechts Umgang mit der politischen Rechten zu kritisieren. Doch die Demonstration am 25. Februar war keine Demonstration der Rechten, wie wir es unter den Bannern ukrainischer Nationalisten erlebt haben! Sie kam vor allem aus Teilen der Bevölkerung, die nicht bereit sind, sich für die imperialistischen Ziele des Westens in den Dritten Weltkrieg führen zu lassen!

LINKE ordnet sich dem kapitalistischen System unter, und verliert die Autorität in der Bewegung

Bei allen Schwächen der Organisatoren ist die Demonstration am 25.2 ein



Fortschritt, auf dem die Bewegung aufbauen muss. Sie hat bewiesen, dass es möglich ist, eine eigene, kämpferische Haltung der Linken gegen den Kriegskurs der Herrschenden auf die Straße zu bringen, und den Rechten den Raum zu nehmen. Darin hebt sie sich positiv von den Aktionen der LINKE-Führung in den vergangenen Wochen und Monaten ab. Diese demonstrierte an diesem Wochenende einmal mehr, wie weit sie bereit ist in ihrer Stiefelleckerei gegenüber der Bundesregierung und der NATO zu gehen. Der Vorstand der Partei behauptete, nicht zur Demonstration aufrufen zu wollen, weil sich Wagenknecht nicht ausreichend von der politischen Rechten distanzieren. Aber diese Begründung ist eine völlige Lüge.

Warum hat DIE LINKE, statt sich in ihrem Sektierertum zu vergraben, dann nicht die Initiative ergriffen und mit einem eigenen politischen Programm, das sich klarer von rechts distanziert, zu der Demonstration mobilisiert?

Der Grund ist ein einfacher: Die Führung der LINKEN hat kein Programm gegen den imperialistischen Krieg. Stattdessen hat sie an diesem Wochenende den Kniefall vor den NATO-Kriegstreibern perfekt gemacht. Um gegen die Demonstration von Wagenknecht zu mobilisieren, rief sie zu eigenen Kundgebungen zum Jahrestag des Krieges in der Ukraine auf, der zwischen den zwei großen imperialistischen Blöcken ausgetragen wird – aber nur vor russischen Konsulaten!

Damit unterstützen sie alle Lügen der NATO, wonach der Westen und Selenskyjs Bataillone nichts mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine zu tun hätten, und weigern sich vollständig, die Kriegstreiberei der Bundesregierung anzugreifen – im Gegenteil, sie unterstützen sie, indem sie zur Niederlage ihrer Gegner aufrufen!

In Bremen, wo die LINKE an der Regierung ist, ist die Partei noch weiter gegangen.



Dort veranstalteten Vertreter der LINKEN an diesem Wochenende gemeinsam mit den Vertretern der CDU, der FDP und der SPD einen „Jahrestag des russischen Überfalls“. Mit den eigenen Kriegstreibern gegen ihre imperialistischen Gegner auf die Straße gehen, um dem Krieg etwas entgegenzusetzen – keiner könnte sich einen solchen Zynismus der Reformisten noch ausdenken!

Seit Jahren hat sich die Führung der LINKEN völlig dem Druck des kapitalistischen Systems untergeordnet, und das ist nun die Folge. Im Kampf gegen den imperialistischen Krieg hat die Führung der Partei der Arbeiterklasse nichts anzubieten. Während die Arbeiterklasse und die Jugend die einzige Kraft sind, die das kapitalistische System infrage stellen und den imperialistischen Krieg beenden können, macht sich die LINKE zum Steigbügelhalter der Bourgeoisie.

Ihre volle Unterordnung unter den Kapitalismus und den imperialistischen Krieg wird sich auch in Wahlen auswirken. Das ist heute schon sichtbar, wo beispielsweise bei den Berliner Wahlen der Verrat des Volksentscheids für die Entzweiung der Berliner Immobilienkonzerne der parlamentarischen Linken eine historische Niederlage, und der CDU einen Wahlsieg verschafft hat.

Aber die Wahlen sind nur ein verzerrter Ausdruck der Realität der Klassenkämpfe. Auch wenn die Krise des Reformismus sich immer weiter vertieft, steht außer Frage, dass die Bedingungen für

starke Klassenkämpfe von unten in den letzten Jahren herangereift sind.

Nur die Arbeiterklasse und Jugend kann den Kampf um Frieden gewinnen!

Die Demonstration am 25. Februar ist ein Schritt nach vorne, um der westlichen Kriegstreiberei im eigenen Land den Kampf anzusagen! Eine erste Mobilisierung mit 50.000 Menschen zeigt das Potenzial, das für kämpferische Proteste gegen die kriegerischen Maßnahmen der Bundesregierung – die Aufrüstung der Bundeswehr, die Waffenexporte, der Wirtschaftskrieg gegen Russland und China,... – vorhanden ist.

Gleichzeitig blieb sie hinter ihren Möglichkeiten zurück. Das Programm des Aufrufs – die Politiker der herrschenden, bürgerlichen Klasse zu einem Verhandlungsfrieden mit Putin aufzufordern – drängt die Arbeiterklasse in das Feld der Passivität. Statt den Kampf um Frieden mit einem Aufruf zu verbinden, die Streiks zu vereinen, in einem branchenübergreifenden Vollstreik eine gewerkschaftliche Offensive einzuleiten, die Waffenfabriken zu enteignen und für den Zweck der zivilen Produktion umzurüsten,...

Nicht nur weigert sich Wagenknechts Flügel, seine Aufrufe mit einem kämpferischen sozialen Programm der Arbeiterklasse zu verbinden, er lässt auch die Ursachen des Krieges völlig außer

Acht. Denn der Krieg in der Ukraine ist der höchste Ausdruck der tiefen Widersprüche, in die sich das kapitalistische Weltsystem verfangen hat.

Diese Problematik ist fundamental: Der Kapitalismus ist die Ursache, weshalb die Herrschenden die Welt auf einen Weltkrieg zutreiben, warum Millionen an den Folgen von Corona gestorben sind, und warum die Wirtschaftskrise die Lebensgrundlage der arbeitenden und armen Massen zunehmend vernichtet.

Die Weigerung, diese Themen aufzugreifen und eine mutige Offensive von links zu wagen, und die fehlende Bereitschaft, die Rechte in der Bewegung aktiv zu bekämpfen, hat die Beteiligung der Jugend an der Demonstration stark beeinträchtigt. Wagenknechts reformistische Herangehensweise bremst Arbeiter und Jugend aus, ihre volle Kraft in den Kampf gegen den Kapitalismus und für den Frieden zu werfen.

Dabei sind die Kräfte, die dazu bereit sind, den Kampf aufzunehmen, mehr als genug vorhanden! Wagenknechts Demonstration findet nicht in einer Zeit des völligen Klassenfriedens statt – vielmehr laufen gerade die Tarifrunden von Millionen Beschäftigten, die das Potenzial haben, eine mächtige Offensive der Arbeiterklasse und Jugend einzuleiten. Auch gibt es Videoaufnahmen von Demonsteilnehmern, die den Nazi Jürgen Elsässer einkreisten, Sprechchöre gegen ihn skandierten und ihn von der Demonstration drängten. Doch warum wurde ein solcher Kurs nicht aktiv und kollektiv durch die Ordnerstrukturen vorbereitet und umgesetzt?

Diese Fragen zeigen den Weg, der vor uns liegt. Die Demonstration am 25. Februar deutet das Potenzial an, das für eine Antikriegs-Bewegung von unten vorhanden ist. Aber um siegreich zu sein, muss die Arbeiterklasse und die Jugend in diesem Kampf die Führung übernehmen.

Denn nur die Arbeiterklasse und Jugend kann den imperialistischen Krieg beenden!

Streik im öffentlichen Dienst

Streiks vereinen und vorangehen, um zu gewinnen!

Juri Zinn

Mitte Februar rollte die erste Warnstreikwelle durchs Land und kaum erreichen die Streiks das, wofür sie durchgeführt werden – den Betrieb aufzuhalten –, schreit mal wieder irgendein CDUler Streikverbot! Die kritische Infrastruktur müsse geschützt werden vor „unverhältnismäßigem Druck“ und „schwerem Schaden“ so Connemann von der Mittelstandsunion. Er fordert mal eben in Einrichtungen von Flug-, Bahn-, Schiffsverkehr, über Rettungsdienste bis hin zur Energie- und Wasserversorgung das Streikrecht einzuschränken. Gleich im nächsten Atemzug wirft Connemann dann ver.di und allen Streikenden Landesverrat vor, weil sie es wagen würden, während der Münchener Sicherheitskonferenz zu streiken: „Dort geht es um Leben und Tod für die Menschen in der Ukraine. Und um ein Signal des Westens gegen Russland“ und „Putin wird sich freuen“.

Die Kapitalisten sprechen über die Streiks der Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag das öffentliche Leben aufrecht erhalten, als seien sie ein kriegerischer Akt, der sich gegen die Gemeinschaft richtet – eine völlige Lüge! Wenn aber die DAX-Konzerne Gewinne von 120 Milliarden Euro im Jahr 2022 verzeichnen – in der Geschichte nur übertroffen von 2021, wo es 129 Milliarden waren – dann ist es ungeachtet des rapide sinkenden Lebensstandards für Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern ein Grund, die Sektkorken in Vorstandsetagen knallen zu lassen. Auch wenn Rufe nach Streikrechtseinschränkungen durch die Vertreter der Bourgeoisie nichts Unbekanntes sind, müssen sie dennoch ernst genommen werden. Dazu reicht ein Blick nach England oder in die USA, wo es derartige Angriffe gibt.

Die Forderungen im öffentlichen



Dienst von 10,5% mindestens aber 500 Euro oder bei der Post von 15 % mehr sind angesichts von Inflation, Preissteigerung und Arbeitsbelastung mehr als berechtigt und müssen bei einer maximalen Laufzeit von 12 Monaten voll durchgesetzt werden.

Die Kampfbereitschaft in den Belegschaften ist hoch. Gleichzeitig fallen mehrere Tarifrunden – im öffentlichen Dienst, der Post, bei der Bahn, im Handel, ... – auf die gleiche Zeitspanne. Die Kampfbedingungen, die ver.di und die anderen Gewerkschaften auffinden, um ihre Forderungen voll durchzusetzen, sind ausgezeichnet!

Was wir nun brauchen, ist ein Eskalationsplan, um die verschiedenen Tarifrunden zusammenzubringen. Der gemeinsame Streik von Kollegen im öffentlichen Dienst mit Kollegen der Bodenverkehrsdienste und Luftsicherheitsdienste am 17. Februar war ein erster Schritt. Aber es wäre in dieser Tarifrunde noch viel mehr möglich! Die Kollegen der Bahn könnten die Züge zum Stillstand bringen, Kolleginnen und Kollegen in Kitas und Krankenhäuser könnten die Häuser bis auf Notfälle schließen, die Stadtreinigung den

Müll liegen lassen, und das Flugpersonal könnte die Flüge am Boden halten... Eine solche Offensive eines flächendeckenden Vollstreiks im öffentlichen Dienst würde die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse grundlegend ändern, und könnte ein erster Schritt sein, den Generalstreik als Kampfmittel der Arbeiterklasse zurück nach Deutschland zu bringen!

Noch dazu ist, um den gewerkschaftlichen Sieg sicherzustellen und die größtmögliche Beteiligung von unten zu ermöglichen eine größtmögliche Demokratisierung der Streikbewegung nötig! Dazu braucht es tägliche, demokratische Streikversammlungen und Streikdelegiertenkonferenzen auf Bundesebene, die die Streikstrategie diskutieren. Hauptamtliche, Funktionäre und Organizer der Gewerkschaften müssen jederzeit abwählbar sein!

Die Gefahr besteht darin, dass die Arbeitgeber versuchen mit nicht tabellenwirksamen Sonderzahlungen und anderen Tricks wieder ein Abschluss durchzubekommen, der uns über Jahre zwingt, die Füße stillzuhalten und erneut enormen Lohnverlust hinzunehmen.

Deshalb gilt: Inflationsausgleich, und mindestens 500 Euro mehr müssen her, Sonderzahlungen sind keine Lohnerhöhung und kein Monat Laufzeit mehr als 12! Auch die Kolleginnen

und Kollegen der Post haben ein solches Angebot erhalten, das die steuerfreien 3.000 Euro Sonderzahlung der Bundesregierung auf 24 Monate aufsplittet – es ist richtig, dass ver.di die

Urabstimmung zu Erzwingungsstreiks eingeleitet hat, die nächsten Schritte müssen folgen.

Bürgerlicher Staat, Faschismus und Widerstand

Die Lehren aus Altonaer Blutsonntag und Preußenschlag 1932



Fyn Hansow

Der Sturm auf den Präsidentenpalast in Brasilia, Trumpismus in den USA, Wachstum faschistischer Tendenzen in Europa... Angesichts des weltweiten Aufschwungs der Ultrarechten und der tiefen Polarisierung lohnt es sich, die historischen Lehren aus dem Aufstieg des Faschismus in den 1930ern zu ziehen. Der sogenannte Altonaer Blutsonntag von 1932 ist ein anschauliches Beispiel.

Am 17. Juli 1932 zieht eine Demonstration der SA als Provokation durch das Arbeiterviertel Altona. Zwei SA-Männer werden angeblich von Gegendemonstranten erschossen; aus der Pistole eines Polizeiprovokateurs, wie sich später herausstellt. Die Polizei und der bürgerliche Staat nutzen diese Inszenierung erbarmungslos aus: 16 vermeintliche „Dachschützen“ werden erschossen, 90 Personen verhaftet, von denen vier später hingerichtet werden – alles Bewohner Altonas, das wegen der starken lokalen Unterstützung für die KPD auch als „Kleinmoskau“ bekannt ist.

Dieser „Blutsonntag“ wird von Reichspräsidenten Hindenburg und Reichskanzler Franz von Papen als Legitimation benutzt, im sogenannten „Preußenschlag“ am 20. Juli die Min-

derheitsregierung der SPD in Preußen zu stürzen, um „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen. Ein bonapartistisches Regime wird im größten Land des Deutschen Reiches installiert, unter quasi-diktatorischer Führung des Reichskommissars von Papen. Damit gibt der Blutsonntag einen Einblick in das Verhältnis des bürgerlichen Staates zum Faschismus.

Faschistischer Terror und bonapartistisches Regime

Dass faschistische Elemente im Auftrieb waren, hieß nicht automatisch, dass sich die Mehrheit der herrschenden Klasse bewusst dazu entschieden hatte, die parlamentarische Demokratie durch ein faschistisches Regime zu ersetzen. Sie war sich sehr klar darüber, dass das den Klassenkampf der Arbeiterklasse beflügeln könnte. Auch gab es keinen fertigen „Plan“ zur Beendigung der Demokratie – von Papen beispielsweise verfolgte die Idee, durch die Wiederherstellung eines autoritären Hohenzollern-Regimes einen starken „Neuen Staat“ zu schaffen, der über dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit stünde.

Also versuchten die Vertreter der Bourgeoisie, die Faschisten als paramilitärische Stoßtrupps gegen die Ar-

beiterbewegung in der Hinterhand zu halten. Die Faschisten wurden so zur Waffe der „Bonapartisten“ Brüning, von Papen und Hindenburg, die bemüht waren, als „starke Männer“ zwischen den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, zwischen dem bürgerlichen Parlamentarismus und dem Faschismus zu manövrieren und den Kapitalismus im Angesicht des Klassenkampfes zu stabilisieren.

Der auf den Blutsonntag folgende Preußenschlag zeigt das unmissverständlich. Die jahrelang in Preußen regierende Koalition aus SPD und Zentrumspartei verlor bei den Landtagswahlen im April 1932 in Folge der wachsenden Polarisierung nach der Weltwirtschaftskrise die Mehrheit. Die bürgerliche Demokratie steckte in einer tiefen Krise, und ohne Beteiligung von KPD oder NSDAP konnte keine Mehrheitsregierung aus den Parteien des Bürgertums mehr gebildet werden. Die Reichsregierung sah sich in Preußen auf der einen Seite einer Minderheitsregierung der verhassten SPD und einer wachsenden Unterstützung für die KPD und auf der anderen Seite der NSDAP gegenüber, die sich weigerte, in eine Koalition mit den traditionell-bürgerlichen Parteien einzutreten. Sie war aber noch nicht bereit, eine komplett losgelöste NSDAP

zu tolerieren, aus Angst vor dem Widerstand der Arbeiterbewegung.

In einer Notverordnung wird die SPD-Regierung am 20. Juli entmachtet und von Papen eingesetzt. Der militärische Ausnahmezustand wird verhängt, jeglicher Protest verboten und die Reichswehr besetzt die Ministerien. In den folgenden Monaten wird der Landtag gesäubert – nicht etwa von NS-DAP-Politikern, sondern von SPD-Ministern. Es ist eben nicht ihr Bekenntnis zur „Demokratie“, dass von Papen und Hindenburg von Hitler trennte, sondern vor allem strategische Unterschiede darin, wie weit und wie direkt das gemeinsame Ziel, die endgültige Zerschlagung der Arbeiterbewegung, erreicht werden kann. Der von Franz von Papen angestrebte „Neue Staat“ nahm viele Charakterzüge des Dritten Reiches vorweg.

Die helfende Hand dieses bonapartistischen Staatsstreichs war die SA – die von Papen am 14. Juni erst wieder legalisiert hatte –, die mit ihrer provokativen Demonstration durch Altona und Schulter an Schulter mit der Hamburger Polizei Anlass und Legitimation

für den Preußenschlag geliefert hatte.

Nur der Klassenkampf kann den Faschismus besiegen

Die KPD war nicht in der Lage, die Masse der Arbeiterklasse gegen die Bedrohung des Faschismus und die Angriffe auf ihre demokratischen Rechte entlang der Politik der Einheitsfront zu organisieren; also der Zusammenarbeit der großen Arbeiterorganisationen auf der Basis revolutionärer Forderungen und des unversöhnlichen Klassenkampfes und Antifaschismus. Noch am 9. August 1931 unterstützte die KPD ein von der Organisation Stahlhelm gestartetes Volksbegehren zur Absetzung der SPD-Regierung unter Otto Braun – ein immenser taktischer Fehler!

Währenddessen war die Führung der preußischen SPD derart in den bürgerlichen Staatsapparat eingebunden, dass sie jahrelang mit den bürgerlichen Parteien wie Zentrum und DDP koalitiert und jegliche revolutionäre Politik aufgegeben hatte. Nach dem Staatsstreich beschränkte sie sich auf rein juristische Mittel, um die „Ordnung“ zu wahren,

anstatt zu konsequentem Widerstand aufzurufen.

Dabei zeigen Blutsonntag und Preußenschlag eindeutig, dass wir im Kampf gegen Rechts kein Vertrauen in den kapitalistischen Staat setzen dürfen. Es gibt keine magische Grenze zwischen „Gemäßigten“ und Faschisten: der Faschismus ist lediglich die extremste Spielart der bürgerlichen Herrschaft und ob Teile der herrschenden Klasse zu ihm Zuflucht nehmen, hängt vor allem mit dem Kräfteverhältnis im Klassenkampf und der Tiefe der kapitalistischen Krise zusammen.

Bei allen Unterschieden, die die heutige Zeit von den 1930ern trennen, dürfen Marxisten nicht die Augen davor verschließen, dass die organische und tiefe Krise Wasser auf die Mühlen der faschistischen Demagogie und Ursache für den zunehmenden Rechtsruck von Teilen der herrschenden Klasse ist. Damals wie heute ist das einzige Mittel gegen den Faschismus die Enteignung des Finanzkapitals und Machtergreifung der Arbeiterklasse – kurz: ein sozialistisches Programm des Klassenkampfes.

Fortsetzung von Seite 16

Dies alles führt dazu, dass Frauen und insbesondere junge Mädchen auch besonders stark von psychischen Problemen betroffen sind. Konfrontiert mit einem unrealistischen Körperbild in den Medien und objektifiziert als Objekt der Begierde führt dies zu einer Epidemie von psychischen Erkrankungen wie Depressionen und Magersucht und der Reproduktion eines reaktionären Frauenbildes des Kapitalismus.

Hinzu kommen dann noch die Bilder und Videos der Pornoindustrie, die ein riesen Geschäft mit der sexuellen Ausbeutung von Frauen machen und ein falsches Bild von Sexualität voller Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung vermitteln. Dies reproduziert frauenfeindliche und ekelhafte Rollenbilder, führt zu einem Anstieg der sexuellen Gewalt und ist sexuelle Ausbeutung. Denn anders als bürgerliche Feministinnen behaupten, verkauft der Großteil der Pornodarstellerinnen, Cam-girls und Prostituierten ihren Körper nicht aus freien Zügen, sondern aus finanzieller Notwendigkeit.

Finanzielle Probleme verhindern also die Unabhängigkeit vom gewalttätigen Partner, und zwingen Frauen dazu, ihren Körper auf würdelose Weise zu verkaufen. Das zeigt auch ganz deutlich, wo die wahre Trennlinie verläuft: Eben nicht zwischen verschiedenen Kulturen, sondern zwischen oben und unten.

Das Einzige, was wirkliche Veränderung bringt, ist der gemeinsame Kampf auf der Straße, für höhere Löhne, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für die Verstaatlichung der großen Immobilienkonzerne und bezahlbare Mieten, für kostenlose ganztägige



ge Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft und für die Abschaffung von Prostitution und Sexindustrie.

Der einzige Weg das alles zu erreichen, ist Schulter an Schulter mit unseren männlichen Kollegen, Mitschülern und Genossen auf der Straße für ein würdevolles Leben und gegen den ausbeuterischen Kapitalismus zu kämpfen – am 8 März und auch sonst bei jedem Lohnkampf!

Prostitution oder Sexarbeit?

Zur Einschätzung einer feministischen Debatte

Die von unserer Genossin Nadja Habibi unter dem Titel „Prostitution versus Sexarbeit“ veröffentlichte Bachelorarbeit ist in Buchform erschienen.

Sie beschäftigt sich mit der Frage, wie Prostitution im Kontext der kapitalistischen Lebenswelt einzuordnen ist, und was von Ansätzen der „Sexarbeit ist Arbeit“-Position zu halten ist, wie sie in der liberalen Ideologie weit verbreitet ist.

Offensiv: Nadja, du sprichst in deiner Arbeit davon, dass Prostitution „im Kontext bürgerlich-kapitalistischer Eigentumsverhältnisse“ zu verstehen ist. Was meinst du damit?

Nadja Habibi: Damit meine ich, dass Prostitution nicht im luftleeren Raum existiert, sondern unmittelbar Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise ist. Die Klassengesellschaft produziert zwangsläufig auf der einen Seite immensen Reichtum, der sich von wenigen privat angeeignet wird, und auf der anderen Seite massenhafte Armut und Unterdrückung derer, die den Reichtum erarbeiten. Ein Teil dieser unterdrückten Masse muss aus materieller Not zu allen Mitteln greifen, um das eigene Überleben zu sichern, und da Frauenunterdrückung eine zentrale Säule der kapitalistischen Gesellschaft ist, entsteht auch die Prostitution. Weibliche Sexualität als jederzeit verfügbare Ware wirkt dann wiederum auf die Gesellschaft und auch das gesellschaftliche Bewusstsein ein und ist somit ein Produkt von Frauenunterdrückung, aber hält sie ebenso aufrecht. Um also den Zusammenhang von Prostitution und Frauenunterdrückung zu verstehen, muss man die kapitalistische Produktionsweise in den Blick nehmen.

Offensiv: Der Begriff der „Sexarbeit“ ist ja auch in der heutigen feministischen Bewegung sehr verbreitet. Was ist davon zu halten?

Nadja Habibi: Nicht viel. Ich halte



die Verwendung des Begriffs „Sexarbeit“ für einen Euphemismus, der die Machtverhältnisse in der Prostitution verschleiert und Prostitution – also den Handel mit Frauen – als einen regulären Marktsektor darstellt. Das führt teilweise zu absurden Verirrungen wie dazu, dass Bordelle als „Dienstleistungsbetriebe“ bezeichnet werden, Zuhälter werden zu „Geschäftsmännern“ gemacht und der Begriff des Menschenhandels wird sogar durch „Arbeitsmigration“ ausgetauscht. Von „Sexarbeit“ sprechen vor allem Vertreter des liberalen Feminismus. Man kann also häufig schon an den Begriffen ablesen, welche Haltung zur Prostitution vertreten wird. Ich verwende stattdessen den Begriff „Prostitution“ um auf eine gängige Handelssprache in Bezug auf Frauen zu verzichten und um stattdessen auf die besondere Form der Ausbeutung im Kapitalismus aufmerksam zu machen, der die Frauen ausgesetzt sind.

Offensiv: Du sprichst ganz bewusst von „Klassengesellschaft“, also der Unterdrückung einer ganzen Klasse, und nicht von einem Kampf, den nur Frauen für sich ganz alleine gegen Männer austragen müssen. Was würdest du sagen unterscheidet dich da von „Feministinnen“ wie Oprah Winfrey?

Nadja Habibi: Der entscheidende Unterschied ist, dass Feministinnen wie Oprah Winfrey oder Hillary Clinton nur ihr Stück vom Kuchen abhaben wollen, den die Kapitalistenklasse pachtet. Der bürgerliche Feminismus begreift die Frauenbefreiung als einen Kampf, in dem sich alle Frauen gegen alle Männer durchsetzen müssen. Dabei haben aber solche reichen Frauen der bürgerlichen Klasse ganz andere Interessen als Frauen aus der Arbeiterklasse. Für uns geht es nicht um Probleme wie „gläserne Decken“ oder Frauenquoten in Aufsichtsräten, sondern es geht um Dinge wie öffentlich organisierte Kinderbetreuung und Löhne, die für ein unabhängiges Leben reichen. Dafür braucht es den Kampf der gesamten Arbeiterklasse – von Frauen und Männern gemeinsam. Denn die Einheit der Klasse und Forderungen nach ökonomischer Gleichstellung sind nur gegen den Willen der Herrschenden durchzusetzen – und das macht den Kampf um Frauenbefreiung aus meiner Sicht zu einem Kampf zwischen den Klassen.

Diese Fassung des Interviews ist gekürzt. Zum ganzen Text gehe auf offensiv.net

Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus!

Abonniere die
Offensiv!

Alternativ
findest du den
Link auf unse-
rer Website.



Schließ dich den revolu- tionären Kommunisten an!

Mach mit bei Offensiv!



offensiv_marxisten



0162 8359272



mail@offensiv.net



**Offensiv - Marxistische
Organisation**

www.offensiv.net



Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für umfassende soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Armut, Ausbeutung und Krieg. All das können wir nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreichen.

Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur wenige Kapitalisten haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert und verteilt wird und häufen die Profite an.

Ein Ende unserer sozialen und gesellschaftlichen Probleme ist nur erreichbar durch die Abschaffung des Kapitalismus, die Enteignung und Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum und eine demokratisch geplante Wirtschaft. Eine Gesellschaft, basierend auf einem System von Räten und Versammlungen in den Betrieben, Schulen und Nachbarschaften.

Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeiterdemokratie gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohnrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisierung für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionäre: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen. Demokratische Planung der Produktion der Schlüsselindustrien, vollständige Kontrolle des Finanzwesens, und aller Fragen des Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Transportsystems. Für die gesellschaftlich sinnvolle Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und den nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

8. März: Internationaler Frauentag

Jarla Sgries

Arbeitende Frauen werden heute von der Last der Krise, der explodierenden Inflation und den damit verbundenen Preissteigerungen besonders hart getroffen. In typischen Frauenberufen, wie Pflege-, Sozial-, und Erziehungsberufen lässt sich der Reallohnverlust besonders stark wahrnehmen. Aber es reicht nicht,

Aber es ist nicht nur so, dass Frauen in diesen schlecht bezahlten Berufen oder im Niedriglohnsektor arbeiten, sie verdienen zudem auch noch weniger als ihre männlichen Kollegen. Im EU-Durchschnitt verdienen Frauen 13% weniger als ihre männlichen Kollegen und in Deutschland steigt dieser Wert sogar auf 18%. Dies führt dazu, dass es für viele Frauen nicht möglich ist, sich von ihrem gewalttätigen Partner zu trennen, denn wo soll man bei den explodierenden Mietpreisen und Wartelisten eine leistbare Wohnung finden?



Als Klasse gemeinsam kämpfen!

Die Rente deutscher Arbeiterinnen fällt im Durchschnitt um 45% niedriger aus, als die ihrer männlichen Kollegen, was viele Frauen in die Altersarmut drängt und in eine kalte, dunkle Wohnung – denn damit kann man die explodierenden Miet-, und Gaspreise nicht bezahlen.

Dazu kommen noch die ungefähr 50% Mehrarbeit von Frauen bei unbezahlten Arbeiten wie dem Kochen, Putzen und Kindererziehen. Die Herrschenden schieben die ganze Care-Arbeit auf die Frauen ab, um sich die Kosten zu sparen.

Auf dem Arbeitsmarkt sparen die Kapitalisten in den von Frauen dominierten Berufen massiv an Lohnkosten ein, und versuchen gleichzeitig, durch die Spaltung zwischen den Geschlechtern von den wahren Schuldhigen – der Kapitalistenklasse – abzulenken. Eine bösartige Strategie, wo doch die einzige Möglichkeit, einen Fortschritt zu erreichen, der gemeinsame Kampf mit den männlichen Kollegen auf der Straße ist!

In der EU hat jede dritte Frau über 15 irgendeine Form physischer oder sexueller Gewalt erlebt und eine von 20 Frauen ist Opfer von Vergewaltigung geworden. Hinzu kommen die 117 Femizide, die im Jahr 2022 in Deutschland an Frauen verübt wurden und die hohe Dunkelziffer bei all den Daten. Viele Frauen trauen sich aus Angst vor Stigmatisierung, patriarchaler Klassenjustiz, und Angst vor den Konsequenzen nicht, sich überhaupt Hilfe zu suchen oder Anzeige zu erstatten. Besonders weil diese meist eh im Sande verläuft.

Weiter auf Seite 13

Wir fordern:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Weg mit den Abtreibungsparagrafen §218 und 219!

Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft.

Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Für eine Welt ohne Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung. Den Kapitalisten die Macht entreissen: Großkonzerne und Banken in Arbeiterhand!

Für die sozialistische Revolution der Arbeiterklasse!